

"Reformen statt Kahlschlag"

Zur morgigen Außerordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städte- und Gemeindetages erklärt Dagmar Enkelmann, Vorsitzende des kommunalpolitischen forums Brandenburg

Die PDS stellt sich klar und eindeutig an die Seite der mehr als 1.400 Delegierten der Außerordentlichen Hauptversammlung des Deutschen Städtetages am 24. September 2003 in Berlin. Ihre Forderung "Reformen statt Kahlschlag" ist wegen der schwersten Finanzkrise der deutschen Kommunen in der Nachkriegszeit von existenzieller Bedeutung. Die Städte und Gemeinden können sich nicht länger vertrösten lassen. Sie brauchen zum 1. Januar 2004 eine spürbare Verbesserung ihrer Finanzausstattung. Falls die zu diesem Termin wiederholt von Bundestag und Bundesrat zugesagte Gemeindefinanzreform scheitern sollte, droht ein beispielloser Kahlschlag bei den Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge. Zum Beispiel bei freiwilligen Leistungen im sozialen, kulturellen und sportlichen Bereich. Es drohen der fortschreitende Verfall der Infrastruktur, die Schließung noch vorhandener Einrichtungen, die weitere Entlassung von Personal und die Streichung der ohnehin in Richtung Null tendierenden Investitionen in immer mehr Städten und Gemeinden. Opfer sind die Einwohnerinnen und Einwohnern wie auch die örtliche Wirtschaft.

Deshalb legte die PDS bereits am 1. September 2003 der Bundesregierung einen Kommunalpolitischen Forderungskatalog vor, der u.a. beinhaltet:

- Modernisierung der Gewerbesteuer durch Einbeziehung ertragsunabhängiger Elemente, wie Zinsen, Mieten, Pachten, Leasinggebühren;
- Reduzierung der an Bund und Länder zu zahlenden Gewerbesteuerumlage von 26 auf 20 % (2,3 Mrd. Euro)
- Erhöhung des Anteils der Kommunen an der Einkommenssteuer von 15 auf 16 % (3 Mrd. Euro)
- Erhöhung des Anteils der Kommunen an der Umsatzsteuer
- Wiederauflage einer kommunalen Investitionspauschale durch Abschmelzen der Goldreserve (3 Mrd. Euro)
- Stärkung der finanziellen Situation der öffentlichen Kassen durch Wiedereinführung der Vermögenssteuer (5 Mrd. Euro)
- Verankerung des Konnexitätsprinzips im Grundgesetz (wer Leistungen bei den Kommunen "bestellt", der bezahlt)
- Vereinfachung der Förderpolitik durch Abbau von Bürokratie und
- Reduzierung der Zweckbindung für Fördermittel
- Führen eines breiten Diskurses über Inhalte öffentlicher Daseinsvorsorge und klare Kompetenzabgrenzung zwischen den politischen Ebenen.

Bundestag und Bundesrat müssen ihr parteipolitisch motiviertes Ränkespiel ad acta und die Karten auf den Tisch legen. Mit einer kleinen Lösung, wie sie nun der Deutsche Landkreistag vorschlägt, können die Kommunen allenfalls eine Atempause gewinnen.